



NZZ am Sonntag  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 130'756  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.85  
Abo-Nr.: 1078758  
Seite: 9  
Fläche: 12'126 mm<sup>2</sup>

# Luftwaffenchef Gygax präsentiert Rettungsplan für die Patrouille Suisse

**Kauft die Schweiz den Kampfjet Gripen, bedeutet dies wohl das Ende der Kunstflugstaffel Patrouille Suisse. Nun kämpft der abtretende Luftwaffenchef für die fliegenden Akrobaten.**

**Sarah Nowotny**

2016 könnte das letzte Jahr in der Geschichte der Kunstflugstaffel Patrouille Suisse sein. Denn ab diesem Jahr dürften die ersten schwedischen Kampfjets des Typs Gripen C/D zur Miete in der Schweiz eintreffen. Sie ersetzen den Tiger-Jet, mit dem die 1964 gegründete Patrouille Suisse heute unter anderem fliegt und der dann ausgemustert werden soll. Schweden stellt den Gripen C/D als Übergangslösung zur Verfügung, bis ab 2018 der neue Gripen E eintrifft. Vorausgesetzt natürlich, das Volk sagt Ja zum drei Milliarden Franken teuren Kauf der neuen Flugzeuge.

Doch nun eilt Luftwaffenkommandant Markus Gygax der Patrouille Suisse zu Hilfe, kurz bevor er Ende Jahr pensioniert wird. Gygax spricht sich für den Erhalt der Kunstflieger aus. «Ich wünsche mir, dass die im In- und Ausland sehr beliebte Patrouille Suisse erhalten bleibt», sagt er. «In unserer direkten Demokratie brauchen wir die Patrouille Suisse, weil wir die Armee immer wieder dem Volk präsentieren müssen.» Die Bürger hätten ein Recht

darauf, zu sehen, was die Armee könne, sagt Gygax: «Schliesslich fällt das Volk an der Urne Entscheidungen zu Militärfragen.» Ein weiterer Vorteil der Kunstflugstaffel sei, dass die Piloten im engen Formationsflug und im Tiefflug Erfahrungen sammeln könnten.

Der Luftwaffenchef macht auch konkrete Vorschläge zur Zukunft der Patrouille Suisse im Zeitalter des Gripens. «Ein ideales Szenario wäre, wenn wir die Tiger-Kampfjets länger behalten könnten als bis zum Moment, in dem der erste Gripen-Jet zur Miete in der Schweiz eintrifft», sagt er. «Wir sollten die Tiger-Flotte nicht auf einmal ausmustern, so dass die Kunstflugstaffel noch ein paar Jahre damit fliegen und später nahtlos auf den gemieteten Gripens umsteigen kann. Fliegerisch besteht kein Unterschied zwischen dem gemieteten Gripen C/D und dem neuen Gripen E.»

Die Patrouille-Suisse-Piloten könnten ihr Handwerk demnach auf dem Gripen C/D lernen und dann nahtlos mit dem Gripen E weiterfliegen. «Wir sollten auch mit Schweden besprechen, ob nicht eine gemeinsame Kunstflugstaffel mit Kostenteilung möglich wäre», sagt Gygax. Sollte dies alles scheitern, müsse die Armee wenigstens abklären, ob die Patrouille Suisse

mit den F/A-18-Jets weiterfliegen könnte. Laut Gygax reichen zehn Maschinen für die Kunstflugstaffel. «In der Armee wäre der Wille vorhanden, diese Flotte zu erhalten», sagt er. Dies koste zwar mehrere Millionen Franken pro Jahr.

«Aber: Dieses Geld ist die Patrouille Suisse längstens wert.» Entscheiden, ob die Staffel weiterfliegen darf, wird letztlich Verteidigungsminister Ueli Maurer – aller Wahrscheinlichkeit nach erst 2014, wenn der Gripen-Kaufvertrag unterzeichnet ist.

Bisher hat sich das Verteidigungsdepartement bedeckt gehalten, was die Zukunft der Patrouille Suisse angeht. Dem Vernehmen nach ist man dort aber sehr skeptisch, was den Weiterbetrieb angeht. Mit gutem Grund: Maurer fehlt schon jetzt an allen Ecken und Enden Geld für die Armee, der Spar-Druck ist hoch. Mustert er den Tiger-Jet ab 2016 aus, spart er damit pro Jahr nicht nur einige Millionen, sondern ganze 30 Millionen Franken. Zieht man diese Ersparnis von den 44 Millionen Franken ab, welche die Miete des Gripens C/D kostet, ist der schwedische Kampfjet temporär für bloss 14 Millionen Franken pro Jahr zu haben.

Es gibt allerdings auch im Parlament, wo die Budgets gemacht werden, erklärte Freunde der Patrouille Suisse. So haben sich die SVP-Nationalräte Rudolf Joder und Thomas Hurter bereits für den Erhalt der Kunstflugstaffel ausgesprochen – beides Mitglieder einer Partei, die sonst eher gegen höhere Staatsausgaben argumentiert.